

ecke

nr. 1 – märz / april 2020

müllerstraße

zeitung für das »aktive zentrum« und sanierungsgebiet müllerstraße. Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung



28. märz: präsentation des vorentwurfs für den neuen maxplatz

AUF S NEUE: WELCHE ECKE?



Ein Jahr ist es her, dass wir das Bilderrätsel »Welche Ecke?« durch eine neue Rubrik ersetzen, den »Kiezmoment«, bei dem die Fotos unserer Leserschaft gewünscht und gefragt waren. Doch offenbar gibt es nicht mehr allzu viele, die mit dem »Kamera-Blick« durch ihren Kiez gehen ... Dafür gab es sehr viele, die das alte Bilderrätsel vermissen und immer wieder danach fragten.

Deshalb haben wir uns entschlossen, diesen Wunsch zu erfüllen und das Bilderrätsel neu aufzulegen. Also: Wo wurde diese Ecke aufgenommen? Wenn Sie den Ort wissen, schreiben Sie uns die Lösung und vergessen bitte auch nicht Ihre Post-Adresse! Denn unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir wieder zwei Kinogutscheine für das Kino Alhambra.

Schicken Sie uns Ihre Antwort per Post an: Ulrike Steglich c/o ecke müllerstraße, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin oder per Mail an: ecke.mueller@gmx.net

Liebe Leserinnen und Leser,

hier eine Bitte in eigener Sache: Unser Verteiler, mit dem interessierten Lesern die »Ecke«-Zeitungen als PDF zugeschickt werden, wurde durch ein Serverproblem unrettbar zerstört – was uns dazu zwang, den Verteiler wieder ganz neu aufzubauen bzw. soweit möglich zu rekonstruieren. Wir haben das Anfang Januar nach all unseren Möglichkeiten getan, dennoch kann es ein, dass die eine oder andere Adresse fehlt. Wer also bislang die Ecke als PDF per Mail bekam, aber

Anfang Januar die Ausgabe Nr. 6/2019 nicht erhielt, melde sich bitte bei uns, damit wir Ihnen weiter die Ecke-Ausgaben auf elektronischem Weg schicken können. Senden Sie uns dafür einfach nur eine ganz kurze Mail mit dem Stichwort »PDF-Verteiler« an: ecke.koepenicker@gmx.net. Unberührt davon bleiben jene Bitten um Aufnahme in den Verteiler, die uns seit November 2019 erreichten. Vielen Dank für Ihre Mühe – und wir wünschen allen ein hoffentlich interessantes Jahr 2020!
Die Redaktion

Die nächste Ausgabe

der ecke müllerstraße erscheint Ende April 2020.

Ecke im Web

Sämtliche Ausgaben der »Ecke Müllerstraße« sind als PDF archiviert und abrufbar unter: www.muellerstrasse-aktiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/zeitung-ecke-muellerstrasse

INHALT

- Seite 3** Vorentwurf Maxplatz; Präsentation am 28. März
- Seite 4** Kitaplätze für den Wedding
- Seite 5** Beuth-Hochschule benennt sich um
- Seite 6** Kommentar: Bezirkliche Radrouten!
- Seite 7** Fahrradfeindliche Müllerstraße
- Seite 8** Postkoloniales Erinnern
- Seite 9** Blockkonzept für die Burgsdorfstraße
- Seite 10** Füttern verboten!

Aus dem Bezirk Mitte:

- **Seite 11** Bürgerbeteiligung
- **Seite 12** 100 Jahre Groß-Berlin: Veranstaltungen und Publikationen
- **Seite 13** 100 Jahre Groß-Berlin: Von der Provinz zur Metropole
- **Seite 14** 100 Jahre Groß-Berlin: Die größte Stadt Europas

Seite 15 Adressen + Gebietskarte

Seite 16 Mieterberatung im Bezirk Mitte

IMPRESSUM

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse: »Ecke Müllerstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 283 31 27, eckemueller@gmx.net

Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesel, www.capadesign.de

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de

V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Elektronischer Versand

Sie möchten auf elektronischem Weg die aktuelle Zeitung als PDF erhalten? Schreiben Sie uns eine kurze E-Mail, und wir nehmen Sie in unseren Mail-Verteiler auf: eckemueller@gmx.net

Ein Vorentwurf für den Maxplatz

Öffentliche Präsentation am 28. März 2020

Noch in diesem Jahr soll die Neugestaltung des Maxplatzes beginnen. Für den hinteren Teil des Leopoldplatzes, also den Teil zwischen Maxstraße und Neuer Nazarethkirche (manche nennen ihn auch »Nördlicher Leopoldplatz«) entwickelt das Büro »planung.freiraum« der Landschaftsarchitektin Barbara Willecke die Planung. Ein Vorentwurf soll Ende März der Öffentlichkeit auf dem Maxplatz präsentiert und anschließend in der Schiller-Bibliothek ausgestellt werden.

Zuvor zirkuliert der Entwurf in den Ämtern des Bezirks: Die müssen prüfen, ob die Vorschläge der Landschaftsarchitekten finanzierbar sind, ob sie den geltenden Normen und Richtlinien entsprechen oder mit anderen Projekten des Bezirks in Konflikt geraten könnten. Und bevor der Vorentwurf den interessierten Anwohnerinnen und Anwohnern vorgestellt wird, soll auch noch eine Platzbegehung mit Kindern und Jugendlichen stattfinden, die sich in den vergangenen Monaten schon intensiv mit dem Maxplatz auseinandergesetzt und im Rahmen einer »Kinder- und Jugendbeteiligung« des Kinder- und Jugendbüros ihre Vorstellungen für die Neugestaltung eingebracht haben – auch ganz direkt bei den Mitarbeitern von »planung.freiraum«.

Die haben sich darüber hinaus auch sehr viel Mühe gegeben, die Vorstellungen der Anwohnerinnen und Anwohner zu erforschen: In mehr als hundert ausführlichen Interviews haben sie die Nutzerinnen und Nutzer auf dem Platz direkt angesprochen und befragt und auf diese Weise auch herausbekommen, wie sich zum Beispiel Mütter und Väter mit Migrationshintergrund den Maxplatz vorstellen. Das ist ein sehr aufwändiges Vorgehen, erfasst aber die Interessenlage in der Nachbarschaft sehr viel präziser als die üblichen Veranstaltungen der Bürgerbeteiligung, bei denen Migranten ansonsten eindeutig unterrepräsentiert sind. Ein Workshop fand darüber hinaus aber dennoch statt: am 26. November im ehemaligen BVV-Saal des Wedding, der jetzt zum »Jobcenter Leopoldplatz« gehört. Dort reichte allerdings die Zeit nicht mehr aus, die an verschiedenen Arbeitstischen entwickelten Ideen öffentlich zusammenzutragen und zu bewerten.

Am Samstag, dem 28. März soll das nun gleich zweimal stattfinden: Um 12 Uhr und kurz darauf noch einmal um 14 Uhr werden Barbara Willecke und ihr Team ihren Vorentwurf in den Räumen von »plattformnachwuchsarchitekten« in der Nazarethkirchstraße 39 (etwa auf Höhe des Bolzplatzes) vorstellen. Zwischen 11 Uhr und 15 Uhr werden zudem auch die Planungsbeteiligten aus den Ämtern



des Bezirks, der Prozesssteuerung des Aktiven Zentrums, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen sowie des Kinder- und Jugendbüros auf dem Maxplatz präsent sein – und wahrscheinlich auch wieder zahlreiche Vertreter der Bezirkspolitik. Denn natürlich erregt das ungewöhnliche Beteiligungsverfahren auch die Aufmerksamkeit in den politischen Parteien, die sich alle eine Stärkung der Bürgerbeteiligung ins Programm geschrieben haben. Auf dem Maxplatz können die Anwohnerinnen und Anwohner aus der Nachbarschaft an diesem Samstag ganz direkt ihre Anregungen weitergeben und müssen nicht gleich vor einer großen Gruppe das Wort ergreifen. Oftmals sind solche Anregungen besonders wertvoll, gerade auch wenn sie Details betreffen.

So hat sich bei den Befragungen im Vorfeld zum Beispiel gezeigt, dass insbesondere Frauen aus konservativen muslimischen Familien ein großes Interesse an besonderen Bewegungsgeräten haben, die sie auch mit schweren Kleidern gut nutzen können. Ganz ähnliche Wünsche haben auch Seniorinnen und Senioren geäußert: Warum sollte man solche Geräte also nicht auch auf dem Maxplatz aufbauen?

Im April soll schließlich im Foyer der Schiller-Bibliothek der Vorentwurf öffentlich ausgestellt werden – der genaue Termin stand bei Redaktionsschluss leider noch nicht fest. Auch dort kann man sich dann detailliert informieren. Besser aber kommt man am letzten Märzsamstag mittags direkt zum Maxplatz! cs

Samstag, 28. März, Nördlicher Leopoldplatz, 11 Uhr bis 15 Uhr: Platzbegehung und Diskussion des Vorentwurfs
12 Uhr und 14 Uhr, plattformnachwuchsarchitekten, Nazarethkirchstraße 39: Präsentation des Vorentwurfs durch planung.freiraum



Ch. Eckelt

Mehr Kitaplätze für den Wedding

Auch im Aktiven Zentrum sind Neubauten geplant

Die Anzahl der Kinder im Kita-Alter wächst im Bezirk Mitte nicht ganz so schnell, wie in früheren Prognosen vermutet worden war. Das geht aus dem »Zweiten Bericht über die Bedarfsentwicklung und Fachkräfteausstattung in den Kindertagesstätten« hervor, der im vergangenen August von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie dem Abgeordnetenhaus vorgelegt wurde. Dennoch sind die Kitas im Bezirk extrem gut ausgelastet, der Bedarf an neuen Kitas ist weiterhin hoch. Auch das Aktive Zentrum Müllerstraße trägt dazu bei, diesen Bedarf zu decken.

Nach dem Bericht lebten im Bezirk Mitte am Ende des Jahres 2018 tatsächlich nahezu 600 Kinder im Alter unter sieben Jahren weniger, als noch im Jahr 2015 von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung für diesen Zeitpunkt prognostiziert worden waren. Im gesamten Stadtgebiet gab es dagegen über 4.000 Kleinkinder mehr als vorhergesagt. Offenbar zogen in dem Zeitraum viele Familien aus dem Bezirk Mitte in weiter außen gelegene um, wo sie sich noch eher eine familiengerechte Wohnung leisten konnten. Auf die Versorgung mit Kitaplätzen wirkte sich das in Mitte aber nicht positiv aus: Die Auslastungsquote der vorhandenen Kitas stieg hier im Jahr 2018 sogar auf 96,2%. Den Kitas stehen also praktisch keine Reserven mehr zur Verfügung. Dabei ist die Betreuungsquote vor allem bei den Kindern im Alter von unter 3 Jahren unterdurchschnittlich: Nur knapp 60% von ihnen besuchten im Jahr 2018 in Mitte eine Kita, in Pankow waren es dagegen fast 80%.

Der Erweiterungsbau der Kita Edinburger Straße ist bereits fertig gestellt. Die Arbeiten an den Außenanlagen können jetzt beginnen.

Die starke Nachfrage nach Kitaplätzen in Mitte stammt jedoch auch von Familien, die nicht im Bezirk wohnen, aber dort arbeiten oder studieren. Deshalb sind Kitaneubauten und -erweiterungen in Mitte weiterhin dringend geboten – selbst wenn künftig noch mehr junge Familien den Bezirk verlassen sollten, weil sie hier keine angemessene Wohnung mehr finden. Über das Aktive Zentrum Müllerstraße wird zum Beispiel die Erweiterung der Kita Edinburger Straße auf eine Kapazität von 60 Kitaplätzen gefördert, die zwar nicht mehr im Gebiet liegt, aber die Familien im Aktiven Zentrum versorgt. Der Erweiterungsbau ist inzwischen fertiggestellt, in diesem Jahr sollen auch die Außenanlagen neugestaltet werden.

Eine komplett neue Kita mit 120 Plätzen ist darüber hinaus in der Triftstraße 12 geplant. Die sollte nach den ursprünglichen Plänen zwar eigentlich schon in diesem Jahr in Betrieb gehen. In der Praxis haben sich aber Probleme eingestellt, die zu Verzögerungen führten: Auf dem Gelände war bis zum Jahr 2017 eine Autowerkstatt untergebracht. Und die, aber auch frühere Nutzer des Geländes hinterließ im Boden Altlasten, die zunächst einmal beseitigt werden müssen. Ein Gutachten konnte die Erzeuger der Altlasten nicht mehr genau zuordnen, jetzt übernimmt der Bezirk die Kosten für die Säuberung des Bodens. Immerhin: Die künftige Trägerschaft der Kita wurde bereits ausgeschrieben, ein Träger wurde schon ausgewählt.

Ein weiterer Kitastandort könnte gleich nebenan entstehen: Wenn das ehemalige Parkhaus der Beuth-Hochschule abgerissen wird, wäre auf dem Gelände auch Platz für eine zusätzliche Kita für die Studierenden der Hochschule. Bisher gibt es für sie nur die mit 45 Plätzen relativ kleine Kita im Studentenwohnheim Triftstraße 67. Allerdings blockiert die Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung bisher noch die Planungen: Erst wenn zweifelsfrei feststeht, dass die Beuth-Hochschule auf dem Gelände des jetzigen Flughafens Tegel einen zweiten Standort aufbauen kann, wird sie das Areal für eine andere als eine direkte Hochschulnutzung freigeben. Dazu müsste jedoch zunächst der neue Flughafen BER in Betrieb gehen: als aktueller Termin gilt derzeit der 31. Oktober 2020. cs

Beuth-Hochschule benennt sich um

»Vater der Ingenieurwissenschaften« war extremer Antisemit

Die Beuth Hochschule für Technik wird ihren Namen ändern. Das beschloss die Akademische Versammlung der Hochschule am 23. Januar 2020. Damit reagierte sie auf einen seit mehr als zwei Jahren andauernden Diskurs über das antisemitische Wirken des Namensgebers.

Christian Peter Wilhelm Beuth (1781–1853) gilt als »Vater der Ingenieurwissenschaften«. Im frühen 19. Jahrhundert leistete er im preußischen Staatsdienst einen wesentlichen Beitrag zur industriellen Entwicklung sowie die Modernisierung und Professionalisierung der handwerklich-technischen Ausbildung. Nach ihm wurde im Jahr 1913 die »Höhere Technische Lehranstalt« am Zeppelinplatz benannt, eine direkte Vorgängereinrichtung der jetzigen Hochschule. Die trägt den Namen Beuths erst seit dem Jahr 2009 – vorher hieß sie schlicht »Technische Fachhochschule« oder kurz TFH.

Damals war allerdings noch nicht allgemein bekannt, dass Beuth Antisemit war. Erst Mitte des Jahres 2017 machte der Professor für Soziologie Achim Bühl seine Hochschule darauf aufmerksam: Peter Beuth war Mitglied der »Deutschen Tischgesellschaft«, ein elitärer Club von Adligen und Bürgern, der sich für Reformen in Preußen einsetzte, zugleich aber auch für den Ausschluss der Juden – egal ob getauft oder nicht – aus dem gesellschaftlichen Leben eintrat. Dem Tischverein gehörten auch Persönlichkeiten an, die heute noch hoch geehrt sind, etwa der Militärreformer Carl von Clausewitz, Gelehrte wie Friedrich Schleiermacher oder Johann Gottlieb Fichte, Schriftsteller wie Achim von Arnim und Clemens Brentano oder Künstler wie Karl-Friedrich Schinkel. Von Peter Beuth ist eine Tischrede

überliefert, die er wohl im Jahr 1811 gehalten hatte, also im Vorfeld des »Preußischen Judenedikts« von 1812, das den Juden für diese Zeit sehr weitreichende Rechte einräumen sollte. Die Rede Beuths ist geprägt von einem rassistischen und hassgetränkten Antisemitismus, der auch vor Vernichtungsphantasien nicht Halt macht. Nach dem Urteil heutiger Historiker war die von ihm vertretende Position auch nach zeitgenössischen Maßstäben extrem.

In der Hochschule führte die Stellungnahme Bühls zu intensiven Debatten. Im Oktober 2018 gründeten mehrere Professorinnen und Professoren eine Initiative zur Umbenennung der Hochschule, im Januar 2019 wurde ein Symposium zu diesem Thema durchgeführt, auch eine »studentische Initiative gegen Beuth (AntiBeuth)« bildete sich. Im Januar 2020 beschloss die Akademische Versammlung mit 30 gegen 14 Stimmen bei einer Enthaltung die Namensänderung.

Noch unklar ist jedoch, welchen Namen die Hochschule künftig führen soll. Dazu soll ein »transparentes Verfahren über die Akademische Versammlung« durchgeführt werden, heißt es in der entsprechenden Presseerklärung. cs

Hochschule für Technik »Otto Lilienthal«?

Nahe liegen würde eine Umbenennung der Beuth-Hochschule nach einem anderen weltbekannten Ingenieur aus Berlin: Nach der Schließung des Flughafens Berlin-Tegel »Otto Lilienthal« wird der Name des Flugpioniers vakant. Und auf dem Gelände soll ja die Außenstelle der Hochschule für Technik im Zentrum der Urban Tech Republic entstehen. Da böte sich die Namensübernahme geradezu an. Nach dem Flugpionier ist in Berlin ansonsten nur noch ein Gymnasium an seinem ehemaligen Wohnort in Lichterfelde benannt. Die Fabrik der Gebrüder Lilienthal stand in Berlin-Mitte: an der Köpenicker Straße unweit des jetzigen U-Bahnhofes Heinrich-Heine-Straße. Und auch als Unternehmer war Lilienthal ein Pionier: Im Jahr 1890, als er seine ersten Flugversuche aufnahm, beteiligte er als einer der ersten seine Arbeiter am Unternehmensgewinn. Die Stadt der Start-Ups und Unternehmensgründungen hätte also allen Anlass, Otto Lilienthal als Vorbild herauszustellen.

Des Antisemitismus ist Lilienthal unverdächtig. In der »Encyclopaedia Judaica« wird er sogar als berühmter Jude aufgeführt, sein jüdisch klingender Name geht aber wohl auf schwedische Ursprünge zurück. cs



Ch. Eckelt

KOMMENTAR

So wird Berlin nicht Fahrradstadt!

Fahren geborene Berliner überhaupt Rad? Im Wedding wohl eher nicht: Wer sich mal kritisch die Schulhöfe und die Bürgersteige vor den hiesigen Schulen betrachtet, wird dort auch während der Schulzeit kaum angeschlossene Räder entdecken. Dichter belegt sind die Radbügel der Beuth-Hochschule, allerdings findet man auch hier immer ein Plätzchen für seinen Drahtesel. Von den 12.500 hier Studierenden kommt nur ein Bruchteil mit dem Rad. Berlin ist keine Fahrradstadt, der Wedding schon gar nicht. Die Frage ist, ob wir auf dem Weg dorthin sind.

Gut ausgenutzt sind dagegen die Radwege zwischen Prenzlauer Berg, Friedrichshain, Kreuzberg und Nord-Neukölln – dort, wo die Berliner mit Migrationshintergrund aus den alten und neuen Bundesländern besonders zahlreich vertreten sind. Es sind vor allem die jungen, erwachsenen Zuwanderer, die auf das Fahrrad als urbanes Fortbewegungsmittel schwören. Das ist einfach zu erklären: Wer als junger Mensch in Berlin ankommt, der muss sich in diesem Moloch von Stadt ein geografisches Koordinatensystem im Kopf bilden, um allmählich ein Heimatgefühl zu entwickeln. Das geht am besten mit dem Fahrrad: In der U-Bahn kriegt man die Stadt nur punktuell mit, zu Fuß ist die Reichweite zu begrenzt; ein Auto muss man sich leisten können und kostet darüber hinaus auch sehr viel Aufwand und Zeit.

Wer dagegen in Berlin zur Schule geht, hat dieses Orientierungsbedürfnis nicht. Dem oder der wird in jungen Jahren das Fahrrad zur alltäglichen Fortbewegung oft gar nicht erst nahegelegt, denn die Wege zur Grundschule oder zum Sportverein müssten dazu von den Eltern als ausreichend sicher eingestuft werden. Und selbst wenn man seine Kinder zum Radfahren erzogen hat, wird man später oft feststellen müssen, dass sie doch lieber öffentliche Verkehrsmittel nutzen, weil man in Bussen und Bahnen nebenbei auch das Smartphone nutzen kann. In Berlin Aufgewachsene neigen also eher zur Radabstinenz, wenngleich es natürlich auch Ausnahmen gibt.

In den Niederlanden oder in skandinavischen Ländern ist das oft ganz anders. In Kopenhagen zum Beispiel gibt es mehrere Brücken, auf denen werktags über das ganze Jahr hinweg mehr als 30.000 Radfahrer gezählt werden. Zum Vergleich: auf der Jannowitzbrücke registrierte die automatische Zählstelle im vergangenen Jahr 8.200 Radfahrer am Tag, das ist der Berliner Spitzenwert. Ein gut ausgebautes Radwegenetz könnte den gesamten Verkehr in der Stadt spürbar entlasten. Berlin bräuchte es dringend.



Debattiert wird dagegen intensiv. Allerdings hat man den Eindruck, dass dabei vor allem die Zugezogenen das Wort ergreifen: Es geht meist um Radschnellwege und möglichst breite und geschützte Radspuren entlang der Hauptstraßen, um die Wege also, die Berufstätige auf dem Weg zur Arbeit zurücklegen. Solche Radwege brauchen wir, ohne Frage. Aber sie reichen nicht aus, um Berlin zur Fahrradstadt zu machen. Genauso wichtig sind die bezirklichen Radrouten. Für die wäre die Grundfrage: Wie kommen die Kinder sicher mit dem Rad zur Schule, zur Bibliothek, zum Sportverein? Und im Detail stellen sich Fragen wie: Wo müssen wir Kopfsteinpflaster durch Asphalt ersetzen? Wo könnte man explizite Fahrradstraßen ausweisen? Wie kann man Radrouten ansonsten markieren, so dass sie als besonderer Verkehrsraum wahrgenommen werden?

Für den Brüsseler Kiez und Teile des Sprengelkieses haben sich Verkehrsplaner solche Frage schon gestellt und bei der Ausarbeitung des Verkehrskonzepts für den Bereich auch ausgearbeitet. In der Praxis haben sich diese Vorschläge bislang aber noch nicht ausgewirkt. Dazu sind sie zu kleinräumlich – was fehlt, ist ein übergreifendes Radverkehrskonzept für den Bezirk. Das könnte helfen, die Mittel, die für den Straßenraum zur Verfügung stehen, gezielter einzusetzen als bisher – und gegebenenfalls auch Mittel aus Sonderprogrammen zu nutzen. Erstellt werden müssten diese Konzepte auch nicht zwingend von den Mitarbeitern der bezirklichen Straßen- und Grünflächenamtes: Private Büros sind für kreative Aufgaben wie diese meist besser aufgestellt. Die Ausarbeitung solcher Konzepte in den Bezirken müsste von der Politik aber auch gewollt sein und vom Senat gefordert und gefördert werden. cs

Die Müllerstraße ist fahrradfeindlich

Stadtteilvertretung fordert Sofortmaßnahmen

Die Müllerstraße soll einen durchgehenden Radstreifen bekommen, der deutlicher ausfallen soll als in der alten Planung aus dem Jahr 2012 vorgesehen. Allerdings möchte die BVG vorher noch die Tunneldecken der U-Bahn sanieren – und das kann mehrere Jahre dauern. Die Stadtteilvertretung menschl. Müller fordert Sofortmaßnahmen.

In ihrem Kernbereich zwischen Fennstraße und Seestraße ist die Müllerstraße derzeit nur für erfahrene Radfahrer zu empfehlen. Denn an der vielbefahrenen Hauptverkehrsstraße gibt es weder Radweg noch Radstreifen, eine Situation, die in unserer Stadt immer seltener wird und an die sowohl Rad- als auch Autofahrer immer weniger gewöhnt sind. Viele Radfahrer empfinden die Müllerstraße als gefährlich und meiden sie. Für die Geschäftsstraße ist das kein guter Zustand. Denn Radfahrer sind die besseren Kunden für kleine, inhabergeführte Geschäfte. Wer mit dem Auto einkaufen fährt, dem bieten die Shoppingcenter unschlagbare Bedingungen. Mit dem Rad aber bummelt es sich vortrefflich zum Shoppen durch die Geschäftsstraße – wenn die an das Radwegenetz angeschlossen ist.

Schon im Jahr 2010 hatten im Aktiven Zentrum Müllerstraße Workshops zum Umbau der Müllerstraße stattgefunden. Unter Beteiligung vieler Anwohner wurde damals eine Planung entwickelt, die einen durchgehenden Radstreifen von 1,50 Meter Breite und mit 50 Zentimetern Sicherheitsabstand zu den parkenden Autos vorsieht. Dabei blieben immer mindestens zwei Fahrspuren pro Fahrtrichtung für die Kraftfahrzeuge erhalten, wofür der Mittelstreifen in einigen Abschnitten verschmälert werden müsste. Detaillierte Baupläne sind längst ausgearbeitet, auch die Mittel für den Straßenumbau stehen schon seit vielen Jahren bereit. Sie werden aber Jahr für Jahr wieder umgeschichtet: Zunächst blockierte die Verkehrslenkung Berlin den Baubeginn, weil angeblich der Verkehrsfluss im Umfeld schon durch Baumaßnahmen in der Heidestraße zu sehr gestört sei. Dann kam die BVG. Im zurückliegenden Jahrzehnt haben sich die Anforderungen an die Einrichtung von Radverkehrsanlagen zudem stark geändert. Auf Anregung der Stadtteilvertretung menschl. Müller hat der Abgeordnete Tobias Schulze (Linke) im Dezember eine Anfrage an den Senat gerichtet. Aus der Antwort wird jetzt deutlich, wie sich der Bezirk Mitte die künftige Müllerstraße vorstellt: Größtenteils, so heißt es, soll der Radstreifen baulich von der Fahrbahn getrennt werden: an Stellen ohne Parkstreifen durch sogenannte »Leitboys« (rot-weiß gestreifte Barken direkt am Fahrbahnrand) oder durch eine Sperrfläche mit Pollern hinter den parkenden Kraftfahrzeugen. Diese Version käme auf eine Breite von 2,20 Me-

tern (zuzüglich 0,75 Meter für die Sperrfläche), die durch »Leitboys« von der Fahrbahn getrennte Radspur käme auf 2,09 Meter. »In einigen Teilbereichen ist die Errichtung einer baulichen Trennung nicht möglich,« heißt es weiter, »da z.B. Liefer-/Ladebereich / Parkstände hinter der Radverkehrsanlage erreicht werden müssen.«

Mensch. Müller fordert jetzt eine provisorische Sofortmaßnahme mittels neuer Fahrbahnmarkierungen. Dabei sollen zwei KFZ-Fahrbahnen zu einer neuen überbreiten Fahrbahn zusammengefasst werden. Der entstehende Platz sollte ausreichen, um hinter den Parkstreifen, also direkt am den Bordsteinen Radspuren einzurichten. Teilweise müssten dafür Parkplätze entfallen, die vorhandenen Ladezonen könnten aber sämtlich erhalten bleiben. Der Bezirk prüft diesen Vorschlag derzeit: Noch vor der Sommerpause soll eine Informationsveranstaltung zum Umbau der Müllerstraße durchgeführt werden, auf der auch über diese Varianten diskutiert werden könnte.

Auch aus der Privatwirtschaft ertönt unterdessen der Ruf nach Radverkehrsanlagen im zentralen Bereich der Müllerstraße. Die Investoren, die derzeit vor allem im Block zwischen Lindower, Müller-, Gerichtstraße und Nettelbeckplatz große Bürogebäude planen und zum Teil schon errichten, wissen sehr gut, dass künftig wohl ein großer Teil der dort arbeitenden Mitarbeiter – zusammen wohl mehrere Tausend – mit dem Rad zur Arbeit kommen. Für die Geschäftsstraße wäre es fatal, wenn dieses Kundenpotenzial außen vor bleiben müsste. cs



Postkoloniales Erinnern

Fünffähriges Kulturprojekt mit Ausstellung zum Afrikanischen Viertel

In den kommenden fünf Jahren soll ein großes Kulturprojekt die historische Rolle Berlins als koloniale Metropole beleuchten und sich mit den problematischen Nachwirkungen dieser Geschichte auseinandersetzen. Dabei spielt das Afrikanische Viertel eine wichtige Rolle: Die letzte von vier geplanten Ausstellungen soll die urbane Inszenierung deutscher Kolonialherrschaft in diesem Weddingener Stadtquartier thematisieren.

Die Berliner Senatsverwaltung für Kultur und Europa und die Kulturstiftung des Bundes fördern das Projekt mit dem Arbeitstitel »Postkoloniales Erinnern in der Stadt« mit einer Gesamtsumme von drei Millionen Euro. Bis Ende 2024 werden Ausstellungen und Veranstaltungen in unterschiedlichen Stadtbezirken die lokale Kolonialgeschichte beleuchten und nach aktuellen Bezügen fragen. Jährlich wird zudem ein Kulturfestival ausgerichtet. Darüber hinaus soll eine webbasierte interaktive Weltkarte entwickelt werden, die koloniale und postkoloniale Erinnerungsorte in Berlin, in Deutschland und in seinen ehemaligen Kolonien dokumentiert.

Zwischen 2021 bis 2024 wird sich eine Reihe von Ausstellungen mit Berlins Kolonialgeschichte und ihren Nachwirkungen befassen: Zunächst soll in Kooperation mit dem Museum Treptow und mit Partnerorganisationen in Namibia, Tansania und Kamerun an die »Erste Deutsche Kolonialausstellung« im Treptower Park erinnern, die sich im kommenden Jahr zum 125. Mal jährt. Dort wurden u.a. »Völkerschauen« durchgeführt, bei denen die »Eingeborenen« öffentlich zur Schau gestellt wurden.

Im Jahr 2022 soll dann im FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum eine Ausstellung zur Migrationsgeschichte der Kolonialmetropole Berlin in den Jahren 1884 bis 1918 folgen. Im Jahr 2023 zeigt das Museum Charlottenburg-Wilmersdorf die Ergebnisse einer Recherche in Berlins kunsthistorischen Sammlungsbeständen. Untersucht werden soll, wie Menschen aus Afrika und dem Osmanischen Reich in höfischen Gemälden abgebildet wurden.

Zum Abschluss der Reihe soll im Jahr 2024 schließlich der urbanen Inszenierung deutscher Kolonialherrschaft im »Afrikanischen Viertel« nachgegangen werden, die im Kontext der Ersten Deutschen Kolonialausstellung 1896 erfolgte. Zum einen sollen die öffentlichen Erinnerungen an die »Begründer« ehemaliger deutscher Kolonien nachgezeichnet, zum anderen aber auch die vielfältigen Widerstandsbewegungen der Kolonisierten erinnert werden.

»Postkoloniales Erinnern in der Stadt« wird von einem Verbund aus den drei Nichtregierungsorganisationen Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) e.V., Each One Teach One (EOTO) e.V. und Berlin Postkolonial e.V. sowie dem Stadtmuseum Berlin getragen und vom Landesnetzwerk Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (BER) e.V. unterstützt. cs

Kinosaal zum Anmieten

Das Kino Alhambra an der Ecke See- und Müllerstraße hat jetzt einen achten Kinosaal. Das wäre normalerweise keine besondere Nachricht, ist aber hier etwas anderes: Denn der neue Saal ist zwar ziemlich klein und verfügt nur über drei Sitzreihen mit jeweils fünf Plätzen sowie einige Sitzsäcke, auf denen man es sich gemütlich machen kann. Dafür hat er aber eine eigene Küche – und er kann komplett angemietet werden: für Geburtstagsfeste zum Beispiel, für andere private Vorführungen oder für kleine Betriebsfeiern. Auf der 5,50 mal 2,10 Meter großen Leinwand kann man sich seinen Wunschfilm anschauen, den das Kinoteam besorgt. Auch Sportübertragungen sind möglich.

Kontakt: Kino Alhambra, Telefon 030-21 49 21 60 oder 0173-979 65 12, Hanna.Dobslaw@cineplex.de



Ch. Eckelt

TELUX fast fertig

Kinderbunter Bauernhof am Start

Fast fertig gestellt sind, wie unser Foto zeigt, die beiden neuen Funktionsgebäude des Abenteuerspielplatzes TELUX zwischen Tegeler und Luxemburger Straße. Die Holzhäuser, die vom Berliner Büro »larrsonarchitekten« entworfen wurden, ersetzen und erweitern den alten Büro- und Sanitärcontainer und das alte und auffällige Sport- und Mehrzweckgebäude. Die neuen Gebäude wurden aus Mitteln des Förderprogramms Aktive Stadt- und Ortsteilzentren errichtet. An der Planung beteiligt waren auch die Kinder des bezirklichen Jugendprojektes, in der entscheidenden Jurysitzung sollen sie mit ihren Argumenten sogar letztlich den Ausschlag für die Auswahl des Entwurfs von larrsonarchitekten gegeben haben. Eine Eröffnungsfeier ist geplant, der Termin stand aber bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht fest.

Auch die Gebäude des »Kinderbunten Bauernhofs« direkt nebenan sollen jetzt mit Hilfe von Fördermitteln aus dem Aktiven Zentrum saniert werden. Hier haben die ersten Verfahrensschritte bereits stattgefunden: Das Kinder- und Jugendbüro im Jugendamt Mitte hat im Rahmen einer Kinder- und Jugendbeteiligung schon in den letzten Herbstferien die jungen Nutzerinnen und Nutzer nach ihren Wünschen und Vorstellungen befragt. Erst danach wurde die Planung ausgeschrieben: Drei Architektenteams werden sich im weiteren Verlauf noch mehrfach vor Ort mit den Kindern auseinandersetzen. cs

Ein Blockkonzept für die Burgsdorfstraße

Neuer Anlauf im Kampf gegen Leerstand und Verfall

Eines der beiden Problemhäuser im Aktiven Zentrum Müllerstraße ist die Burgsdorfstraße 1. Das Gebäude ist seit vielen Jahren unbewohnt und dazu auch noch einsturzgefährdet. Zwar versucht der Bezirk schon seit vielen Jahren, die Eigentümerin zur Sanierung zu bewegen. Juristisch ist das aber nicht ganz so einfach, wie sich das viele wünschen. Der Berliner Mieterverein zählte vor zwei Jahren insgesamt 75 solcher »Geisterhäuser« in der Stadt – auch anderswo kämpfen die Bezirke gegen den Verfall und Leerstand von Mietshäusern. Und oft geht es so wie in der Burgsdorfstraße: Nach jahrelangen Prozessen erklärt sich die Eigentümerin bereit, wenigstens die allernötigsten Sicherungsmaßnahmen durchzuführen. Das Haus verfällt aber weiter.

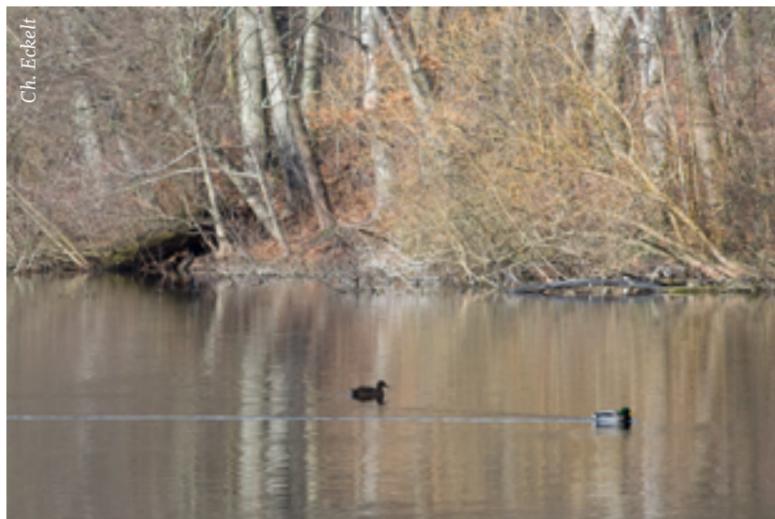
Die Burgsdorfstraße liegt jedoch im Sanierungsgebiet. Dort haben die Kommunen nach dem Städtebaurecht besondere Möglichkeiten, zugunsten der Allgemeinheit in die Eigentumsfreiheit einzugreifen. Dazu müssen allerdings die öffentlich festgelegten Sanierungsziele präzise gefasst sein. Dazu kann etwa ein Blockkonzept dienen, wie es in der Müllerstraße schon für den Bereich zwischen Nettelbeckplatz, Arbeitsamt und U- und S-Bahnhof Wedding entwickelt worden ist, wo derzeit die vielen Büros geschaffen werden. Dort im Süden des Aktiven Zentrums herrscht ein großer Investitionsdruck. Deshalb sollen rund um den U- und S-Bahnhof Wedding weitere Blockkonzepte ausgearbeitet werden, in denen der Bezirk das allgemeine Interesse an der Gebietsentwicklung konkret beschreibt. Dass der Bereich zwischen Burgsdorf-, Müller-, Trift- und Wildenowstraße als nächstes an die Reihe kommt, dürfte aber auch mit dem Problemhaus zu tun haben. cs

Modernstes Herzzentrum Europas

Geplant ist es schon seit Jahren – aber jetzt steht auch die Finanzierung: Auf dem Gelände des Virchow-Klinikums wird ab 2021 das modernste Herzzentrum Europas entstehen. In einem zukunftsweisenden Neubau mit 28.000 qm Nutzfläche werden die herzmedizinischen Kompetenzen der Charité und des Deutschen Herzzentrums Berlin zusammengeführt und modernste OP-Säle, Labore, Eingriffsräume und 380 Betten zur Behandlung von Herz-Kreislauferkrankungen entstehen. Dafür wird der derzeitige Hubschrauberlandeplatz in südlichen Bereich des Klinikums unweit des Nordufers überbaut: Die Helikopter sollen künftig auf dem Dach der Herzzentrums landen.



Ch. Eckelt



Ch. Eckelt

Füttern verboten

Im Volkspark Rehberge und im Park am Plötzensee ist das Füttern von Wildtieren künftig grundsätzlich verboten. Das beschloss das Bezirksamt Mitte im Januar. Ähnliche Regelungen gelten auch für den Großen Tiergarten sowie das Engelbecken und den Luisenstädtischen Kanal. Dort werden jetzt entsprechende Hinweisschilder angebracht.

Zwar sind sich Natur- und Tierschützer grundsätzlich darin einig, dass man freilebende Tiere in der Stadt nicht füttern sollte. Aber verboten ist das in Berlin bislang nicht – oder besser gesagt: nicht so richtig eindeutig. Im Januar 2018 zum Beispiel verhandelte das Amtsgericht Mitte einen Bußgeldbescheid gegen eine Frau, die vom Ordnungsamt dabei erwischt wurde, wie sie auf dem Alexanderplatz Tauben fütterte. Begründet wurde das verhängte Bußgeld

Durstige Grünanlagen

Berlin liegt im Urstromtal. Anders als in manchen Regionen Brandenburgs geht uns zwischen Havel und Müggelspree das Wasser auch in Trockenzeiten nicht so schnell aus. Ansonsten würden unsere Grünflächen noch viel schlimmer aussehen: Fast eine Million Kubikmeter Wasser hat allein der Bezirk Mitte im vergangenen Jahr für die Bewässerung öffentlicher Grün- und Erholungsanlagen verbraucht – rund dreimal so viel wie im Jahr 2010. Das teilte die für das Straßen- und Grünflächenamt zuständige Bezirksstadträtin Sabine Weißler Anfang Februar in einer Presserklärung mit. Der Klimawandel mache sich danach auch bei uns bemerkbar – mit steigenden Temperatu-

ren und häufiger auftretenden Extremwetterereignissen wie Trockenheit, Starkregen oder Sturm. »Die Bewässerung ist wichtig, um Austrocknung von Grünflächen zu vermeiden und so ihre kühlende Belüftungsfunktion aufrechtzuerhalten«, erklärt Sabine Weißler: »Straßenbäume sind extremen Umweltbedingungen ausgesetzt und leiden besonders durch den Klimawandel. Städtisches Grün und grüne Freiflächen können als Teil der Infrastruktur extreme Wetterereignisse abpuffern. Denn Parks, Stadtwälder, Straßen- und Gebäudegrün sind nicht nur Erholungsorte, sondern auch für den Erhalt der Biodiversität von hoher Bedeutung. Sie spenden Schatten und tragen zur Kühlung bei. Allerdings benötigen die bezirklichen Grünanlagen ausreichend Wasser – und das natürlich vor allem in den Hitzeperioden.«

von 60 Euro damals mit einem Verstoß gegen das Straßenreinigungsgesetz. Die Richterin sah darin nur eine geringfügige und kurzfristige Ordnungswidrigkeit, erließ die Strafe und stellte das Verfahren auf Kosten der Landeskasse ein. Schwierigkeiten kann man jedoch mit seinem Vermieter bekommen, wenn man auf seinem Balkon oder auf dem Hof seines Mietshauses ohne Genehmigung Vogelfutter auslegt. Vermieter sehen das meist ungern, weil die Vögel natürlich auch Verschmutzungen hinterlassen und auch andere, unerwünschte Tiere von dem Futter angezogen werden können. Auch der Naturschutzbund NABU rät von Fütterungen ab: Stadtvögel finden in Berlin genug Nahrung und sind wesentlich weniger gefährdet als beispielsweise Zugvögel. Und die natürliche Auslese hat auch ihren Sinn: geschwächte Vögel sind auch Nahrung für Beutegreifer und Aasfresser und der Selektionsdruck im Winter stabilisiert sogar die Populationen der Stadtvögel.

Regelrecht schädlich ist dabei insbesondere das Füttern von Wasservögeln. Denn sie schlucken meist alles, was man ihnen zuwirft, auch wenn sie es eigentlich nicht vertragen. Und die Qualität der Gewässer leidet, die sich durch Futterreste mit Nährstoffen anreichern. Zudem führen unnatürlich hohe Tierbestände auch zu vermehrtem Koteintrag. Diese Nährstoffe verursachen Fäulnisprozesse, verstärkte Schlammanreicherung, Algenwachstum und Sauerstoffzehrung. Die Gewässer können »umkippen« und die darin lebenden Tieren und Pflanzen absterben. Durch eine Überpopulation an Wasservögeln werden zudem oftmals auch der Uferbewuchs und das Röhricht zerstört. Liegeengebliebene Futterreste locken wiederum Mäuse, Ratten und andere Schädlinge an. Aber auch das gezielte Füttern von anderen wildlebenden Tieren wie zum Beispiel Krähen oder Tauben, verursacht Verunreinigungen und hygienische Probleme innerhalb der Grün- und Erholungsanlagen. cs

Ein steiniger Weg zur Bürgerbeteiligung

Konzept zur Umsetzung der Leitlinien evaluiert

Bürgerbeteiligung wird auch im Bezirk Mitte großgeschrieben. So hat der Bezirk im August 2017 die zwanzigseitigen »Leitlinien zur Bürgerbeteiligung im Bezirk Mitte von Berlin« beschlossen. Noch im selben Jahr wurde das »Büro für Bürgerbeteiligung« eingerichtet, das bis zum Juli 2018 ein einseitiges »Konzept zur Umsetzung der Leitlinien für Bürgerbeteiligung« ausarbeitete. Jetzt wurde diese Umsetzung auf 43 Seiten vom »Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik« umfassend evaluiert.

Der Verwaltung in Berlin wird oft Bürgerferne nachgesagt. Sie hat es in der Millionenmetropole allerdings auch schwerer als in Kleinstädten: Wenn dort beispielsweise der Marktplatz saniert wird oder das Kraut in den Grünanlagen in die Höhe schießt, dann kriegen die Mitarbeiter der Rathäuser das im persönlichen Umfeld sofort mit. In Berlin dagegen wohnt kaum ein Sachbearbeiter in der Nähe der Örtlichkeit, für die er Verwaltungsakte ausführt. In den Amtsstuben mangelt es deshalb fast immer an lokaler Kompetenz, an Erfahrungswissen also, wie die Maßnahmen des Amtes von den konkreten Bürgern im Umfeld aufgenommen werden. Dagegen hilft, so die Grundüberlegung, eine breit angelegte Kultur der Bürgerbeteiligung. Dass die sich allerdings nicht so einfach verordnen, lässt, wird aus dem »Endbericht« zur Evaluierung deutlich. Beispielhaft seien hier zwei Teilbereiche herausgegriffen: die »Vorhabenliste« und die Fortbildung der Mitarbeiter der Bezirksverwaltung.

Die »Vorhabenliste« soll im Internet über die aktuellen Vorhaben des Bezirks informieren. Sie ging im August 2018 mit ca. 50 Einträgen an den Start, die das Büro für Bürgerbeteiligung zuvor bei den Ämtern des Bezirks abgefragt hatte. Im vierteljährlichen Rhythmus sollte sie anschließend fortlaufend aktualisiert werden. Die Zahl der Zugriffe auf die Seite erreichte anfangs Spitzenwerte von bis zu 450 Seitenaufrufen im Monat, brach im Verlauf des Jahres 2019 aber drastisch ein. Das lag unter anderem daran, dass die Zuarbeit der Ämter sehr unterschiedlich war: Am fleißigsten war die Sozialraumorientierte Planungs- und Koordinationsstelle, der das Büro für Bürgerbeteiligung zugeordnet ist, gefolgt von der Jugendhilfeplanung und dem Stadtplanungsamt. Von den anderen Ämtern gingen allenfalls sporadisch Meldungen ein. »Beispielsweise fehlen Vorhaben aus dem Bereich Straßen- und Grünflächen, Soziales, Schul- und Sportamt sowie Wirtschaftsförderung«, heißt



Ch. Eckelt

es im Evaluierungsbericht. »Für Nutzer*innen, die diesen Hintergrund nicht kennen, birgt die Vorhabenliste die Gefahr der Fehlinterpretation.«

Im Netz steht die Vorhabenliste inzwischen auf der Seite »mein.berlin.de«. 64 von 89 Eintragungen kommen hier aus dem Bezirk Mitte. Allerdings sind auch die höchst lückenhaft: Über heiß debattierte Vorhaben wie die Einrichtung von »protected bikelanes« an Hauptverkehrsstraßen oder über geplante Schulerweiterungen erfährt man hier nichts.

Gar nicht vorangekommen ist das Büro für Bürgerbeteiligung bei der Fortbildung der Mitarbeiter der Bezirksverwaltung, die es nach den Leitlinien organisieren sollte. Auf eine entsprechende Bedarfsabfrage erfolgte nur eine einzige Rückmeldung, die sich zudem auf gewaltfreie Kommunikation bezog. »Mehrere Fachämter bestätigten in den Interviews, dass es bei ihnen keinen Bedarf für Fortbildungen gebe, sondern sie bereits über Jahrzehnte der Praxis im Bereich Bürgerbeteiligung verfügten«, heißt es im Evaluationsbericht. Der schlägt jetzt vor, künftig konkreter zu werden und Weiterbildungen z.B. zu Themen wie Moderation und Veranstaltungsplanung anzubieten und dabei klar zu stellen, dass dazu auch externe Fachleute beauftragt werden können.

Auch zu anderen Bereichen macht der Bericht eine Fülle von Vorschlägen, viele von ihnen beziehen sich auf die Strukturen innerhalb der Ämter des Bezirks. Klar wird dem Leser jedenfalls, dass die Aufgabe, eine »Kultur der Bürgerbeteiligung« in der Verwaltung zu etablieren, wohl nicht auf die Schnelle umzusetzen sein wird. Dabei spielen natürlich auch personelle Engpässe eine große Rolle, die sich in naher Zukunft wohl noch verstärken werden, weil viele Mitarbeiter in Rente oder Pension gehen. Zusätzliche Aufgaben will in dieser Situation jedenfalls keines der Ämter gerne übernehmen. cs

100 JAHRE GROSS-BERLIN

Veranstaltungs- und Lesetipps zum Jubiläum

Natürlich widmen sich in diesem Jahr zahlreiche Veranstaltungen, Ausstellungen und Publikationen dem Thema »100 Jahre Groß-Berlin«. Hier nur eine Auswahl aus dem breiten Angebot:

Ausstellungen

Chaos & Aufbruch

Das Märkische Museum im Bezirk Mitte zeigt ab April die Ausstellung »Chaos & Aufbruch – Berlin 1920–2020« und geht der Frage nach, wie aus einem chaotischen Umbruch ein konstruktiver Aufbruch gestaltet werden kann: Wie kann Großstadt gelingen? Eine historische und eine aktuelle Zeitebene laden zu einer Entdeckungsreise ein, die von den Problemen der Stadt über Lösungsansätze bis hin zu ihrem Zukunftspotential führt. Dabei geht es um Wohnen, Verkehr, Erholung, Verwaltung, um die Anbindung an das Umland und auch um Identität.

Dies ist auch die zentrale Ausstellung des Kooperationsprojekts »Großes B – dreizehnmal Stadt« des Stadtmuseums Berlin mit den zwölf Berliner Bezirksmuseen. Begleitet wird sie vom Online-Portal »1000x.Berlin« mit Fotografien und Biografien aus einhundert Jahren.

Märkisches Museum, Am Köllnischen Park 5, 26. April 2020 bis 10. Januar 2021

»Berlin Sinfonien«

Die Deutsche Kinemathek hat in Kooperation mit dem Land Berlin die Medieninstallation »Berlin Sinfonien« konzipiert. Am Beispiel der drei Dokumentarfilme »Berlin. Die Sinfonie der Großstadt« (Walther Ruttmann, 1927), »Berlin: Sinfonie einer Großstadt« (Thomas Schadt, 2002) und »Symphony of Now« (Johannes Schaaf, 2018) lassen die Filmbilder einen Tag in Berlin in den 1920er Jahren, zur Jahrtausendwende und in der Gegenwart Revue passieren.

Rotes Rathaus, 6. März bis 7. Mai 2020, Eintritt frei

»Gezeichnete Stadt – Arbeiten auf Papier von 1945 bis heute«

Die Faszination von KünstlerInnen für die Großstadt ist in der Berliner Kunst seit 1945 stets gegenwärtig. Die Ausstellung zeigt Arbeiten der im doppelten Sinne gezeichneten Stadt Berlin: die Trümmer des Krieges wie auch urbane Biotope der 1970er bis 1990er Jahre diesseits und jenseits der Mauer.

Berlinische Galerie, Bezirk Mitte, Alte Jakobstraße 124–128, 19. Juni bis 5. Oktober 2020

Unvollendete Metropole. 100 Jahre Städtebau für [Groß-]Berlin

Die Ausstellung zeigt die historischen architektonischen und städtebaulichen Leistungen Berlins seit 1880 und die aktuellen Potenziale der Metropolenregion Berlin-Brandenburg. Gleichzeitig wagt die Ausstellung einen Blick in die Zukunft, indem sie die Ergebnisse des »Internationalen Städtebaulichen Wettbewerbs Berlin-Brandenburg 2070« öffentlich präsentiert. Die Entwicklungen sind mit Blick auf Schlüsselthemen wie Wohnen, Verkehr, Freizeit und Erholung oder die Vielzahl an Zentren innerhalb der Stadt und im Umland dargestellt. Darüber hinaus wird die Betrachtung um eine europäische Perspektive erweitert. Anhand der Berliner Partnerstädte Moskau, Wien, Paris und London wird thematisiert, wie andere Metropolen mit aktuellen urbanen Herausforderungen umgehen.

Ort: Kronprinzenpalais, Unter den Linden 3, 14057 Berlin, 1. Oktober bis 31. Dezember 2020

Publikationen

»Metropole Berlin – 1920 | 2020«

Das Buch von Andreas Ludwig und Gernot Schaulinski beschreibt das Berlin der 20er Jahre als sozialen Raum und als Handlungsfeld der kommunalen Selbstverwaltung. Welche Probleme waren zu bewältigen? Welche Lösungsstrategien wurden erprobt? Welche Konflikte waren zu lösen? Und welche Zukunftsvorstellungen von Berlin wurden damals entwickelt? Dabei werden Bereiche wie Bevölkerungsstruktur, die Wohnungssituation, die Verkehrsinfrastruktur und das Thema Schule eine wichtige Rolle spielen. Vergleiche zu heutigen Debatten um Berlin und seine Entwicklung werden offensichtlich.

Erscheinungsdatum: Ende April 2020, kostenlos
Berliner Landeszentrale für politische Bildung,
Telefon (030) 902 2749 66

Publikationen der Hermann-Henselmann-Stiftung

Die Stiftung veranstaltet seit 2016 jährlich Kolloquien zum Thema »100 Jahre Groß-Berlin« und greift die Schlüsselaufgaben wie die Wohnungs-, Verkehrs- und Grünfrage sowie die Planungskultur heraus. Darüber hinaus veröffentlicht sie eine fünfteilige Publikationsreihe zum Thema:

– Juni 2017: »100 Jahre Groß-Berlin – Wohnungsfrage und Stadtentwicklung (1)«, Harald Bodenschatz und Cordelia Polinna (Hg.)

– November 2018: »100 Jahre Groß-Berlin – Verkehrsfrage und Stadtentwicklung (2)«, Harald Bodenschatz und Cordelia Polinna (Hg.)

– Juni 2019: »100 Jahre Groß-Berlin – Grünfrage und Stadtentwicklung (3)«, Harald Bodenschatz, Dorothee Brantz (Hg.)

– April 2020 geplant: »100 Jahre Groß-Berlin – Planungskultur und Stadtentwicklung (4)«

– 2021 geplant: »100 Jahre Groß-Berlin – Perspektiven für die Hauptstadtregion (5)«

Weitere Informationen erhalten Sie bei: Hermann-Henselmann-Stiftung, Beatrice-Zweig-Straße 2, 13156 Berlin

100 JAHRE GROSS-BERLIN

Von der Alt-Stadt zur Metropole

Bis zur Schaffung Groß-Berlins im Jahr 1920 war es ein langer, holpriger Weg

1918, 1919, 1920 – das waren politisch bewegte, turbulente, auch chaotische Zeiten. Der Kaiser war abgedankt, die Republik ausgerufen, zu bewältigen waren die Folgen des verheerenden 1. Weltkriegs.

Wohl nur in solchen Situationen und Zeiten des Umbruchs sind auch große politisch-administrative Veränderungen durchsetzbar. Die Eingemeindung vieler umliegender, bis dato administrativ eigenständiger Vorstädte und Ortschaften in ein neues »Groß-Berlin« wurde damals heftig debattiert. Da waren die Moabiter und Weddinger schon alte Berliner Hasen: deren Eingemeindung war bereits 1861 erfolgt. Dennoch: ohne das »Gesetz über die Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin (Groß-Berlin-Gesetz)« von 1920 hätte es keine Metropole gegeben. Gleichzeitig war es eine folgerichtige Konsequenz aus den Entwicklungen der Jahrzehnte zuvor.

Denn die massive Industrialisierung in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte Folgen sowohl für das bisherige Alt-Berlin (etwa heutiger Innenstadtring) als auch für das Umland gehabt: Weil die Industrie heftig expandierte, die Bevölkerungszahlen und Bodenpreise immens stiegen (und auch die Bodenpreise) und immer weniger Platz in der Kernstadt war, wuch sie zunehmend auf die umliegenden Gemeinden aus – und die Arbeitskräfte zogen hinterher, in die neuen Mietskasernen im Norden und Osten.

Mit der Industrialisierung verbunden waren auch die stetige Ausweitung der Verkehrsverbindungen sowie der modernen Kanalisation. Beides verknüpfte die Kernstadt mit den Vororten zu einem funktionalen Organismus, der bereits um 1910 die Züge einer Stadtregion trug – jedoch noch nicht politisch-administrativ, was ein entsprechendes Verwaltungschaos zur Folge hatte. So gab es um 1900 bei den 151 Gemeinden im Berliner Raum 43 Gaswerke, 17 Wasser- und 15 Elektrizitätswerke, und während Berlin den Tegeler See als Trinkwasserreservoir nutzte, leiteten gleichzeitig Reinickendorf und Tegel ihre Abwässer in den See.

Auf Dauer waren solche chaotischen Verhältnisse untragbar, und so wurde 1906 ein Wettbewerb »Groß-Berlin« ausgeschrieben, um die bauliche Entwicklung zu befördern und das Wachstum auf eine 10-Millionen(!)-Stadt zu ermöglichen. Doch zunächst mussten viele widerstrebende Interessen, die Diversität Berliner Realitäten und Mentalitäten berücksichtigt werden. So gab es als Minimalvariante zunächst ab 1912 einen losen »Zweckverband Groß-Berlin«, der sich jedoch auf Städte- und Verkehrsplanungsaufgaben beschränkte. Das Grundproblem, ein zusammenge-



Ch. Eckelt

höriger, aber bislang zersplitterter Wirtschafts- und Verkehrsraum, wurde damit nicht gelöst.

Die Zeit war aber reif für eine Einheitsgemeinde, weshalb der preußische Ministerpräsident und Sozialdemokrat Paul Hirsch einen entsprechenden Verfassungsentwurf erarbeiten ließ. Der sorgte für heftige Kontroversen, fand Fürsprecher wie erbitterte Gegner (letztere vor allem aus konservativen und wohlhabenderen Kreisen), so dass es auch zu Tumulten und sogar Prügeleien in den unterschiedlichen Stadtparlamenten kam.

Dennoch wurde das Gesetz 1920 mehrheitlich beschlossen – und damit ein gewaltiger Sprung gemacht. Quasi über Nacht vergrößerte sich die Stadtgemeinde Berlin um das 13fache, die Bevölkerungszahl verdoppelte sich: von ca. 1,9 Mio. auf 3,8 Mio., womit Berlin schlagartig zur weltweit drittgrößten Stadt wurde, nur London und New York hatten mehr Einwohner. Für Berlin entspannte sich damit auch die baulich-räumliche Beengtheit, die Bevölkerungsdichte reduzierte sich von 285 Einwohnern/ha vor 1920 auf 44 Einwohner/ha.

Nun waren eine koordinierte Stadtplanung und Wohnungsbau in Größenordnungen möglich, das in bemerkenswert kurzer Zeit entstandene Verkehrsnetz mit all den U-, S-, Straßenbahn- und Buslinien und Fernbahnverbindungen konnte ausgebaut und verdichtet und neue, effizientere Verwaltungsstrukturen für die Gesamtstadt aufgebaut werden.

Und was fing jetzt der »gemeine Berliner« damit an? Ein neues Gesamtberliner Identitätsgefühl wurde ja nicht automatisch mitgeliefert. Die Berliner trugen es mit jener Gelassenheit, die noch heute das Funktionieren der Stadt erst möglich macht. Man blieb einfach weiter Weddinger, Moabiter, Köpenicker oder Spandauer. Ohnehin musste die Stadt angesichts ihrer schieren Größe in einzelne kleinere Verwaltungseinheiten, die Bezirke nämlich, strukturiert werden. Bis heute ist Berlin kein zentralistisches Gebilde, sondern ein polyzentrales: Berlin ist die Summe seiner Kieze, mit jeweils eigenen Gebietszentren.

Bis heute ist es so, dass gerade die Diversität ihrer Bewohner und ihrer Kieze den Reiz der »Metropole« ausmacht. In Spandau ist das Tempo, die Gangart, anders als in Friedrichshain, und in Hellersdorf ticken die Uhren etwas anders als in Zehlendorf. Und warum auch nicht? us

Berlin ist größte Stadt der EU...

... aber weltweit wohl nicht mehr unter den Top 100

Für Berlin gilt sein Ende Januar ein neuer Superlativ: Nachdem London nicht mehr zur EU gehört, rangiert Berlin mit seinen rund 3,65 Millionen Einwohnern in der »Liste der größten Städte der Europäischen Union« bei Wikipedia ganz oben: vor Madrid (3,22 Mio) und Rom (2,86 Mio), Paris folgt mit 2,1 Mio Einwohnern nur auf Platz vier.

Doch Paris ist mit mehr als 20.000 Einwohnern pro Quadratkilometer viel dichter besiedelt als Berlin. Bei uns leben dagegen im Schnitt nur etwa 4.000 Menschen auf jedem Quadratkilometer, selbst der am dichtesten bewohnte Bezirk, Friedrichshain-Kreuzberg, kommt nur auf 14.000. Dass Paris nur 2,1 Millionen Einwohner hat, liegt also alleine an seiner geringen räumlichen Ausdehnung: Mit 105 Quadratkilometern verfügt es nur knapp über ein Neuntel der 892 Quadratkilometer von Berlin.

Vor 100 Jahren war das noch anders. Ohne das »Groß-Berlin-Gesetz« von 1920 würde Berlin in der aktuellen Wikipedia-Rangliste wohl nur Platz 21 unter den bevölkerungsreichsten Städten der EU einnehmen. Vor dem 1. Oktober 1920 beschränkte sich die Stadtfläche Berlins nämlich auf die der heutigen Bezirke Mitte (einschließlich Tiergarten und Wedding) und Friedrichshain-Kreuzberg sowie Prenzlauer Berg. Auf den rund 70 Quadratkilometern wohnen hier derzeit etwa 850.000 Menschen. Im Jahr 1910 drängten sich hier noch 2,1 Millionen Berlinerinnen und Berliner: etwa 30.000 auf jedem Quadratkilometer. Würde Paris nur einige seiner Vorstädte eingemeinden, könnte es also mühelos Berlin als größte Stadt der EU übernehmen und bliebe dabei flächenmäßig immer noch deutlich

kleiner als die deutsche Hauptstadt. Auch Madrid, das nur etwa zwei Drittel der Fläche von Berlin umfasst, könnte dies schaffen. Barcelona wäre ein weiterer Kandidat, mit einer gewissen Brutalität könnte man wahrscheinlich auch im dicht besiedelten Raum zwischen Rotterdam und Amsterdam und am Rhein zwischen Bonn, Köln, Düsseldorf und Duisburg eine bevölkerungsreichere, aber flächenmäßig kleinere Metropole als Berlin zusammenschustern.

Die größten Städte der Welt

Bevölkerungsreichste Stadt auf dem europäischen Kontinent ist mit etwa 15 Millionen Einwohnern nach wie vor Istanbul. Auf Platz zwei folgt Moskau mit etwa 12,5 Millionen Einwohnern, vor Berlin kommen auch noch London mit knapp 9 Millionen und St Petersburg mit 5,4 Millionen Bewohnern. Berlin schafft es dank seiner großzügigen Stadtgrenzen aber immerhin auf Platz 5. Auf der Liste der größten Städte der Welt landet Berlin bei Wikipedia aktuell dagegen nur auf Platz 68. Und sehr wahrscheinlich würde unsere Stadt bei neueren Zahlen hier noch weiter nach hinten rutschen, denn es tummelt sich im Umfeld von Städten wie Addis Abeba, Kapstadt oder Nairobi, die wesentlich schneller wachsen als europäische Städte. Einige der Städtenamen in der unmittelbaren Nachbarschaft Berlins auf der Liste kennt man hierzulande kaum: Jinan, Changchun, Kunming oder Changsha zum Beispiel sind chinesische Millionenstädte mit rund 3,5 Mio. Einwohnern. Auch die haben wohl in Wirklichkeit Berlin schon überholt, denn die letzte Volkszählung Chinas war im Jahr 2010. Vermutlich liegt Berlin also in Wirklichkeit schon gar nicht mehr im Bereich der 100 größten Städte der Welt.

Geringes Wachstum – großer Schmerz

Das muss uns freilich nicht ärgern. Denn im vergangenen Jahrzehnt bereitete uns in Berlin schon ein vergleichsweise moderates Bevölkerungswachstum von elf Prozent erhebliche Wachstumsschmerzen. Die Einwohnerschaft vieler Metropolen in Afrika und Asien schwoll im selben Zeitraum jedoch um dreißig, vierzig, fünfzig Prozent oder mehr an. Ähnlich rapide wuchsen das damalige Berlin und seine umgebenden Gemeinden übrigens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, der sogenannten Gründerzeit. Man kann sich heute gar nicht mehr vorstellen, wie das möglich war. Und wie man es geschafft hat, gleichzeitig auch noch eines der modernsten Nahverkehrssysteme seiner Zeit aufzubauen sowie ein flächendeckendes Netz aus unterirdischen Wasser- und Abwasser-, Strom- und Gasleitungen, eine vorbildliche Gesundheitsversorgung und ein flächendeckendes Bildungssystem. Aber das ist eine andere Geschichte ...

cs



Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit: Ephraim Gothe

Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
ephrain.gothe@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiterin: Frau Laduch,
Zimmer 106, (030) 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung

Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: Di 9–12 Uhr,
donnerstags, 15.00–18.00 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Stephan Lange
(030) 90 18-436 32

Aktives Zentrum und Sanierungsgebiet Müllerstraße

René Plessow (030) 9018 45409
rene.plessow@ba-mitte.berlin.de
Claudia Jahns (030) 9018 45463
claudia.jahns@ba-mitte.berlin.de

Prozessmanagement

Jahn, Mack und Partner
Wilhelm-Kabus-Straße 74, 10829 Berlin
Karsten Scheffer (030) 85 75 77 28
Carla Schwarz (030) 85 75 77 26
muellerstrasse@jahn-mack.de
www.jahn-mack.de

Stadtteilvertretung Müllerstraße

Vor-Ort-Büro Triftstraße 2
(030) 34 39 47 80 (AB), (0174) 701 35 94
menschueller@stadtteilvertretung.de
www.stadtteilvertretung.de
Wenn Sie per E-Mail Informationen der Stadtteilvertretung erhalten möchten, dann senden Sie eine E-Mail an: mitteilungen@stadtteilvertretung.de



Informationen und Dokumentationen zum Aktiven Zentrum Müllerstraße sowie frühere Ausgaben dieser Zeitung finden Sie auf der Website: www.muellerstrasse-aktiv.de

- Veranstaltungsorte
- Müllerstraße
- Programmkulisse Aktives Stadtzentrum
- - Sanierungsgebietsgrenze

Runder Tisch Leopoldplatz

Thorsten Haas, Präventionsrat
Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin
(030) 90 18-322 51

Quartiersmanagement Pankstraße

Prinz-Eugen-Straße 1, 13347 Berlin
(030) 74 74 63 47
qm-pank@list-gmbh.de
www.pankstrasse-quartier.de

Runder Tisch Sprengelkiez

Sprengelstraße 15, 13353 Berlin
(030) 20 06 78 85
info@runder-tisch-sprengelkiez.de
www.runder-tisch-sprengelkiez.de

Mieterberatung Wedding

für Bewohner der Milieuschutzgebiete Sparrplatz, Leopoldplatz und Seestraße sowie des Sanierungsgebietes Müllerstraße
Mo 10–12 Uhr, Do 16–18 Uhr
Vor-Ort-Büro Triftstraße 2
(030) 44 33 81-11
www.mieterberatungpb.de



Liebe Mieterinnen und Mieter, wir beraten Sie kostenlos!

Was bedeutet der Mietendeckel für mich?

Zahle ich zu viel Miete?

Muss ich die angekündigte Modernisierung dulden?

- Mietrecht: Offene Beratung mit Anwalt -
Mietendeckel, Mietpreisbremse, Modernisierung
und alle anderen Fragen zum Mietrecht

Montag 17 – 19 Uhr*
Stadtteilzentrum Kreativhaus,
Fischerinsel 3
[030 2380913]

Dienstag 14.30 – 17.30 Uhr
Villa Lützow, Lützowstr. 28,
Mehrgenerationenhaus

Mittwoch 16 – 18 Uhr*
Schloss-Treff Moabit,
Rostocker Str. 32
[030 3908120]

Donnerstag 16 – 18 Uhr
Bürgeramt Wedding,
Osloer Str. 36

* um Anmeldung wird gebeten

**speziell für Menschen
mit niedrigem Einkommen:**

Donnerstag 16 – 18 Uhr
Bürgeramt Tiergarten,
Mathilde-Jacob-Platz 1

Wedding
Mo 10 – 12 Uhr
Do 16 – 18 Uhr
„mensch.müller“ Triftstr. 2
[030 4433 8111**]

Wedding-Ost
Mi 10 – 12 Uhr:
QM-Büro Prinz-Eugen-Str. 1
Do 16 – 18 Uhr:
QM-Büro Koloniestr. 129
[030 44 33 81 104**]

mehr Informationen online:
berlin.de/ba-mitte/milieuschutz

** telefonisch
außerhalb der Sprechzeiten

- Milieuschutz: Beratung, Fragen u. Meldungen -
Modernisierung, Umwandlung & mehr
in Milieuschutzgebieten (keine Rechtsberatung!)



Ihr